

Neue Aufgabe für das IQWiG

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) wurde im Zuge des GKV-Modernisierungsgesetzes geschaffen, um – so die Intention – die Qualität der Patientenversorgung in Deutschland zu verbessern. Zu seinen Aufgaben zählte die Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln. Im Zuge der Gesundheitsreform 2007 wird der Auftrag des Instituts zur Kosten-Nutzen-Analyse ausgeweitet.

AUTOR



PROF. HARALD SCHWEIM

Prof. Harald Schweim

Studium der Lebensmittelchemie und Pharmazie, Promotion und Habilitation, Medizininformatiker, Fachapotheker für Arzneimittelinformation und Öffentliches Gesundheitswesen, Priv. Doz. bzw. apl. Professor in Hamburg, FU-Berlin und Bonn. Leiter der „Arzneimittelzulassung“ im „Institut für Arzneimittel“ des BGA Berlin, Direktor des DIMDI Köln, Präsident und Professor des BfArM. Jetzt Universitätsprofessor für „Drug Regulatory Affairs“.

Lehrstuhl „Drug Regulatory Affairs“ am Institut für Pharmazie der Universität Bonn
Gerhard-Domagk-Str. 3
53121 Bonn

schweim@web.de

<http://www.schweim.privat.t-online.de/>

1 Seehofer, Storm und Widmann-Mautz: Die Gesundheitsreform aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Zu den Eckpunkten der Konsensverhandlungen Gesundheitsreform“, Juli 2003

von PROF. HARALD SCHWEIM

„**D**urch die Arbeit unabhängiger Sachverständiger werden die zügige Erstellung von Behandlungsleitlinien und die Fortschreibung des Leistungskataloges unter gleichberechtigter Einbeziehung komplexer Therapierichtungen ebenso gewährleistet, wie eine Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel“, hieß es in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2002.

Noch 2003 war die CDU stolz, das verhindert zu haben: „Das von der rot-grünen Koalition geplante staatliche Zentrum für Qualität in der Medizin, das eine Bevormundung der Gesundheitsberufe und eine Standardisierung der Behandlungsabläufe von Patienten beinhaltet hätte, konnte abgewehrt werden.“¹

Im Rahmen des Murksgesetzes, das von den Großkoalitionären „Gesundheitsreform“ genannt wird, hat die KBW-sozialisierte SPD-Politikerin Ulla Schmidt jetzt die CDU überzeugt und einen – hoffentlich letzten – Karrierehöhepunkt erreicht: Die Neuzuweisung der Aufgabe der Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln an das IQWiG.

Doch selbst wenn man die Aufgabe für notwendig hält, kann das IQWiG die Aufgabe erfüllen? Schon jetzt ist das IQWiG nicht in der Lage, die Fülle seiner Aufgaben zu meistern. Das 2004 gegründete Institut hat bisher 13 Arzneimittel und Behandlungsverfahren bewertet, also rund 5 pro Jahr. Laut seiner Homepage (www.iqwig.de) hat es 105 Aufträge erhalten, so der Stand vom 27.03.2007, und wird somit – ohne weiteren Zuwachs – in ca. 25 Jahren fertig sein. Aber nein, ich habe vergessen, dass Dr. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Bundesge-

sundheitsministerium, auf der Jahrestagung „Pharma 2007“ in Frankfurt am Main klargestellt hat, dass alle laufenden Bewertungsverfahren des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen neu aufgerollt werden müssen. Nachzulesen ist dies in der Pressemitteilung der Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller vom 7. Februar 2007. Wir müssen also von 30 Jahren ausgehen. Und es ist ja denkbar, dass noch der eine oder andere Auftrag hinzukommt. Zum Vergleich: Die britische Arzneibewertungsagentur NICE wurde 1999 gegründet, hat seither etwa 100 Arzneimittel, Diagnoseverfahren und Hilfsmittel bewertet und etwa 50 klinische Behandlungsleitlinien formuliert.

Und wie ist es um den notwendigen Sachverstand im Institut bestellt? Wenn dieser von manchen schon für die Nutzenbewertung in Frage gestellt wird, so ist alleine die Anzahl der Gesundheitsökonomien im Institut mit $n=1$ nicht üppig. Aber vermutlich sollte ich $n=2$ sagen, wegen der Universalkompetenz des Institutsleiters. Das reicht nicht einmal aus, um ggf. Kontrollfunktion auszuüben, geschweige denn eigene Sachkompetenz aufzubauen.

Was folgt daraus für das Gesundheitswesen? Gut gemeint ist selten auch gut gemacht. Wir können nur die Faust in der Tasche ballen, der Murks bleibt uns erhalten, die nächste Reform bleibt zwingend. Der CDU mangelt es an Erinnerungsvermögen (oder auch Kompetenz?), die SPD verharrt in ihrer Ideologie der verkappten Staatsmedizin, die anderen Parteien sind machtlos.

Das Wichtigste: In dieser Staatsmedizin bleibt die Therapiefreiheit auf der Strecke ... und der Bürger zahlt auch noch das IQWiG. ■